

Die Schwächen und Probleme der US-Demokratie

Einleitung

Experten sagen, dass die Demokratie in den USA in letzter Zeit nicht mehr so gut funktioniert. Es gibt einen Demokratieindex, der den Grad der Demokratie in verschiedenen Ländern misst. Einer der bekanntesten ist der Economist Demokratieindex. Leider schneiden die USA dort seit 2016 nur noch als unvollständige Demokratie ab. Im Jahr 2023 belegen sie den 29. Platz weltweit, während viele weniger entwickelte Länder über ihnen stehen. Die Bevölkerung ist ebenfalls sehr unzufrieden mit der Politik. Laut einer Untersuchung von Pew Research aus dem Jahr 2022 sind nur 27% der Amerikaner der Meinung, dass sie Einfluss auf die Politik haben. Eine Mehrheit von 62% ist mit der aktuellen Politik unzufrieden.

Experten schätzen die Demokratie in den USA im Vergleich zu vielen anderen entwickelten Ländern als deutlich schlechter ein. Doch warum ist das so?

Welche Wahlen gibt es in den Vereinigten Staaten?

Kongresswahlen

Der Kongress der Vereinigten Staaten hat die Aufgabe, Gesetze zu erlassen, den Haushalt der Regierung zu bewilligen und die Exekutive, also den Präsidenten, zu kontrollieren. Der Kongress hat zwei Kammern. Die untere Kammer, das Repräsentantenhaus, besteht aus 435 Abgeordneten, die alle zwei Jahre neu gewählt werden. Die Anzahl der Abgeordneten pro Bundesstaat richtet sich nach der Bevölkerungszahl. Der Senat besteht aus 100 Mitgliedern, 2 pro Staat, die seit 1913 ebenfalls direkt vom Volk gewählt werden. Die Amtszeit eines Senators beträgt 6 Jahre, wobei die Wahlen so gestaffelt sind, dass alle 2 Jahre 1/3 des Senats neu gewählt wird. Die Kongresswahlen finden alle zwei Jahre statt, immer zusammen mit den Präsidentschaftswahlen und nach der Hälfte der Amtszeit des Präsidenten, den sogenannten Midterm Elections. Alle zwei Jahre werden also das gesamte Repräsentantenhaus und 1/3 des Senats neu gewählt. Darüber hinaus gibt es auch Kommunalwahlen wie z.B. Bürgermeister- und Gouverneurswahlen sowie Wahlen zu den Parlamenten der einzelnen Bundesstaaten. Diese werden hier jedoch nicht behandelt.

Allgemeiner Überblick über den Ablauf der Präsidentschaftswahlen

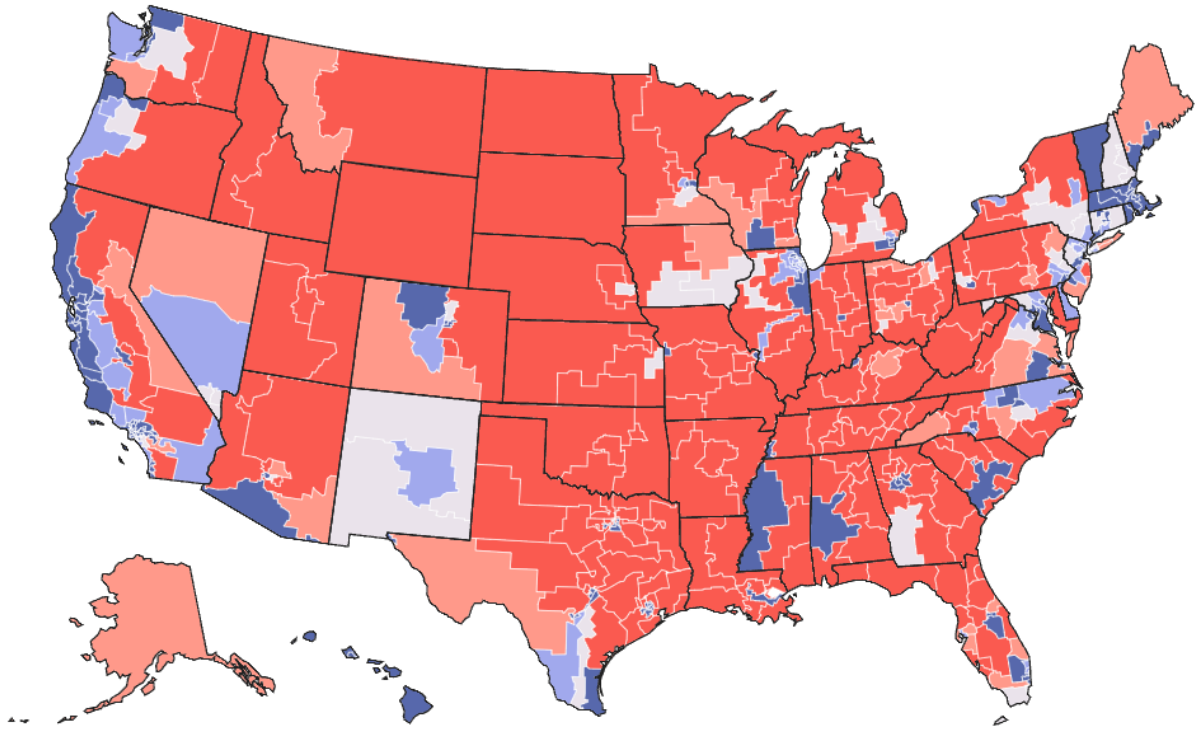
Die Präsidentschaftswahl in den USA besteht aus zwei Teilen. Die Vorwahlen und die Hauptwahl. In den Vorwahlen wird der Kandidat der jeweiligen Partei bestimmt, der dann der endgültige Präsidentschaftskandidat wird. Er wird also nicht wie in Deutschland von den Parteien bestimmt,

sondern von der Bevölkerung. Um an den Vorwahlen teilnehmen zu können, müssen die Kandidaten zunächst ihre Präsidentschaftskandidatur bekannt geben. Dies geschieht in der Regel 2 Jahre vor der Hauptwahl, damit die Kandidaten genügend Spenden sammeln können, um ihren Wahlkampf zu finanzieren. Denn die Kandidaten müssen ihren Wahlkampf fast vollständig selbst finanzieren. Jeder Bundesstaat entscheidet selbst, wann er die Vorwahlen abhält, was dazu führt, dass die Vorwahlen nicht gleichzeitig stattfinden, sondern zwischen Januar und Juni im Jahr der Präsidentschaftswahl, die alle vier Jahre am ersten Dienstag im November stattfindet. Da die Ergebnisse der Vorwahlen sofort bekannt sind, haben die ersten Staaten einen großen Einfluss auf die Wahl. Iowa und New Hampshire sind die ersten beiden Staaten. Die ganze Nation schaut auf die Ergebnisse. Wenn ein Kandidat hier erfolgreich ist, kann er die weiteren Wahlen leichter gewinnen, weil die Wähler von jemandem abwandern, der weniger erfolgreich war. Diese beiden kleinen Staaten haben also einen sehr großen Einfluss auf die gesamte Vorwahl und damit auch auf die Präsidentschaftswahl im November. Aus diesem Grund konzentriert sich etwa die Hälfte der Berichterstattung über die gesamte Präsidentschaftswahl auf die Vorwahlen in diesen beiden kleinen Staaten.

Vorwahlen

Die Vorwahlen finden in zwei verschiedenen Formen statt. Entweder Primary oder Caucus. Die Parteien können in jedem Bundesstaat selbst entscheiden, welches Format sie anwenden. Primaries sind ganz normale Wahlen, bei denen man einfach seine Stimme für einen Kandidaten abgibt. Allerdings kann man nur an einer Vorwahl teilnehmen und muss sich entscheiden, ob man zur Vorwahl der Republikaner oder der Demokraten geht. Der Caucus ist eine Art Versammlung, in der diskutiert wird und am Ende durch eine öffentliche Abstimmung der Sieger gekürt wird. Statt der eigentlichen Kandidaten sind Vertreter anwesend, die untereinander diskutieren.

Bei beiden Wahlverfahren gilt: Man wählt nicht den Kandidaten selbst, sondern Delegierte, die dann in der Nationalversammlung zusammenkommen und für den Kandidaten stimmen. Wie viele Delegierte eine Partei hat, entscheidet sie selbst. Ebenso entscheidet sie, wie viele sie einem Bundesland und dessen Wahlkreisen zuweist. Weder die Verfassung noch die Landesgesetze schreiben ein Verfahren für die Vorwahlen vor. Die einzige Vorgabe ist, dass die Wahlkreise in einem Bundesstaat annähernd gleich viele Wahlberechtigte haben müssen. Die Bevölkerungszahlen können aber innerhalb des Landes sehr unterschiedlich sein. Der Durchschnitt liegt bei 760.000 Einwohnern pro Kreis. Die höchsten Einwohnerzahlen haben die Wahlkreise in Delaware mit circa 990.000 und die geringsten Einwohnerzahlen hat Montana mit 542.000 pro Wahlkreis. Da in jedem Wahlbezirk ein Abgeordneter gewählt wird, spielt die Verteilung eine wichtige Rolle. Es entspricht nicht demokratischem Denken, dass ein Abgeordneter aus Delaware fast doppelt so viele Einwohner im Repräsentantenhaus vertritt wie ein Abgeordneter aus Montana.



Wie man sieht, variiert die Anzahl der Wahlkreise von Staat zu Staat, abhängig von der Bevölkerungszahl. Einige Staaten haben sogar nur einen Wahlkreis.

Für die Zuteilung der Delegierten und die Wahlverfahren gibt es verschiedene Verfahren.

Demokratische Vorwahlen

Bei den Demokraten ist das System einheitlich geregelt. Die Anzahl der Delegierten pro Staat wird nach einer Formel berechnet, die unter anderem die Wahlbeteiligung der letzten 3 Wahlen berücksichtigt. 35% der Delegierten werden auf Staatsebene vergeben, d.h. nach dem Stimmenverhältnis im gesamten Staat. Die restlichen 65% werden auf Bezirksebene verteilt. Ein Kandidat muss jedoch mindestens 15% der Stimmen erhalten haben. Wenn ein Kandidat also 10% der Stimmen im gesamten Staat, aber 20% in 3 Bezirken erhält, bekommt er trotzdem 20% der Delegierten in diesen 3 Bezirken, aber keine der Delegierten, die auf Staatsebene zugeteilt werden, obwohl er dort 10% der Stimmen erhalten hat.

Wenn also die Demokratische Partei 120 Delegierte in einen Staat mit 13 Bezirken entsendet, werden 65%, also 78 Delegierte, auf die Bezirke verteilt. Also 6 pro Bezirk. Und 42 Delegierte werden auf Staatsebene verteilt. Wenn ein Kandidat 60% der Stimmen im ganzen Staat bekommt, bekommt er 60% der 42 Delegierten, plus den jeweiligen proportionalen Anteil der Stimmen in den Bezirken.

Etwa 15% der demokratischen Delegierten sind Superdelegierte. Diese werden nicht auf die Staaten verteilt und müssen sich auch nicht an die Wahl der Bevölkerung halten, sondern können einfach wählen, wen sie wollen. Meist sind es ehemalige Gouverneure oder andere wichtige Personen in der Partei.

Republikanische Vorwahlen

Bei den Republikanern gibt es nur wenige Regeln, daher kann die Verteilung der Delegierten bei den republikanischen Vorwahlen von Staat zu Staat sehr unterschiedlich sein. Grundsätzlich lassen sich aber 4 Systeme unterscheiden:

1. In einigen Staaten werden die Delegierten proportional verteilt. Wenn jemand im ganzen Staat 50% der Stimmen erhält, bekommt er auch 50% der Delegierten.
2. Ähnlich wie bei den Demokraten wird ein Teil der Delegierten auf Bezirksebene und ein Teil auf Staatsebene verteilt. Ein Kandidat muss also nicht nur insgesamt die meisten Stimmen bekommen, sondern auch in den Bezirken gut abschneiden, um dort Delegierte zu gewinnen.
3. Winner-Take-All: Der Kandidat, der in den Bezirken die Mehrheit erhält, bekommt auch alle Delegierten für diesen Bezirk. So kann es passieren, dass ein Kandidat, der 55% der Stimmen erhält, 100% der Delegierten bekommt, weil er jeden Bezirk für sich gewonnen hat. 45% der Stimmen verfallen in diesem Fall.
4. Mischform: z.B. Majority-Take-All: Die Stimmen werden proportional verteilt, es sei denn, ein Kandidat erhält mehr als 50% der Stimmen. Dann erhält er alle Delegierten nach dem Winner-Take-All-Prinzip.

Wenn alle Bundesstaaten gewählt haben, veranstalten die Parteien im Sommer vor der Hauptwahl Parteitage (National Convention), auf denen die Delegierten für ihren Kandidaten stimmen. Nur wenn ein Kandidat die absolute Mehrheit, also mehr als 50 Prozent der Stimmen erhält, gewinnt er auch die Nominierung. Ansonsten gibt es je nach Partei unterschiedliche Verfahren, um zu einem Ergebnis zu kommen. Die Parteitage finden dieses Jahr bei den Republikanern vom 15. bis 18. Juli und bei den Demokraten vom 19. bis 22. August statt. Wobei die Vorwahlen bei den Demokraten eher Show- und Wahlkampfcharakter haben. Wenn der amtierende Präsident noch einmal antreten will, darf er das traditionell auch.

Präsidentschaftswahlen

Die Präsidentschaftswahlen finden alle vier Jahre am ersten Dienstag nach dem ersten Montag im November statt. Die nächste Wahl ist am 05.11.2024. Anstatt den Präsidentschaftskandidaten selbst zu wählen, wählt man Wahlmänner, die dann für den Präsidenten stimmen. Die Parteien wählen also Personen aus, die ihren Präsidentschaftskandidaten vertreten. Auf dem Stimmzettel steht dann der Name des Wahlmanns und welchen Kandidaten er wählt. Insgesamt gibt es derzeit 538 Wahlmänner, die zusammen auch Electoral College oder Wahlmännergremium genannt werden. Jeder Bundesstaat hat so viele Wahlleute wie es Mitglieder im Kongress (Repräsentantenhaus + Senat) gibt und Washington DC hat 3 Wahlleute. 41 Tage nachdem die Bürger gewählt haben, treffen sich die Wahlmänner im Dezember in ihrem jeweiligen Bundesstaat, um ihre Stimme abzugeben. Bei den Hauptwahlen gilt in allen Staaten außer Nebraska und Maine das Winner-Take-All-Prinzip. Das bedeutet, dass der Kandidat mit den meisten Stimmen in einem Staat alle Wahlmänner bekommt. Die Wahlleute werden also nicht proportional verteilt. Es ist also wichtiger, die meisten Wahlmänner zu haben, als die meisten Stimmen im ganzen Land zu haben. Um zu gewinnen, braucht man mindestens 270 Wahlleute. Anfang Januar zählt der Kongress dann die Stimmen der Wahlleute aus und bestimmt den Sieger der Präsidentschaftswahl. In der Regel steht aber schon im November fest, wer der nächste Präsident wird. Dieser wird dann am 20. Januar offiziell in sein Amt eingeführt.

Die Probleme des Electoral College

Das Wahlmännerkollegium geht auf die Verfassung zurück. Es war damals ein Kompromiss zwischen einer Volksabstimmung und einer Wahl durch den Kongress. Die Staaten mit den meisten Einwohnern haben auch die meisten Wahlleute, aber nicht jeder Wahlmann repräsentiert gleich viele Bürger. Ein Wahlmann in Montana vertritt etwa 350.000 Wähler, während ein Wahlmann in Kalifornien mehr als doppelt so viele Wähler vertritt. Eine Stimme aus Montana zählt also etwa doppelt so viel wie eine Stimme aus Kalifornien. Auf die 10 größten Bundesstaaten entfallen 54 % der Wahlberechtigten und 256 Stimmen, auf die 40 kleinsten 46 % der Wahlberechtigten und 282 Stimmen. Wer am Ende Präsident wird, hat also nicht unbedingt die meisten Wählerstimmen. Dies war bisher 1876, 1888, 2000 und 2016 der Fall. 2016 hatte Trump 62.984.828 Stimmen und Clinton 65.853.514. Clinton hatte also über 2,8 Millionen Stimmen mehr, hat aber trotzdem die Wahl verloren.

Hinzu kommt, dass in vielen Staaten die Wahlmänner nicht verpflichtet sind, für den in ihrem Staat gewählten Kandidaten zu stimmen. Man spricht dann von „illoyalen Wahlmännern“. In der Realität kommt es jedoch nur selten vor, dass Wahlmänner für einen anderen Kandidaten stimmen.

Hohe Kosten für Wahlkämpfe

Der Wahlkampf 2020 zwischen Biden und Trump kostete insgesamt 5,7 Milliarden Dollar. Und das, obwohl es in den USA kaum finanzielle Unterstützung vom Staat für den Wahlkampf gibt. Der Wahlkampf wird über Spenden finanziert. Joe Bidens Wahlkampf 2020 war der erste, der mehr als 1 Milliarde Dollar durch Spenden eingenommen hat. Der einzige Präsident seit Ronald Regan, der bei seiner Wahl kein Multimillionär war, war Bill Clinton, der zusammen mit seiner Frau ein Nettovermögen von 700.000 Dollar besaß. Auch wenn dies nicht bedeutet, dass keine Politik für die Ärmere und die unteren Schichten der Bevölkerung gemacht wird, ist es dennoch bemerkenswert, dass Geld eine so große Rolle zu spielen scheint. Das heißt im Umkehrschluss eben auch, dass gute Kandidaten, die eigentlich gute Politik machen würden, aber nicht das Geld haben, nicht Präsident werden können.

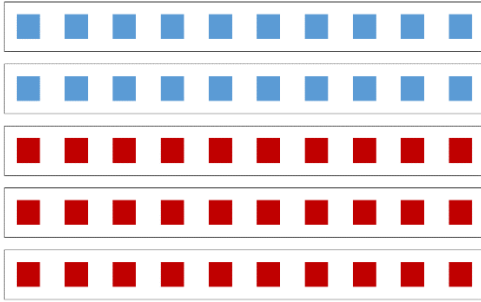
Ähnliches gilt auch für Kongressabgeordnete. Mehr als die Hälfte ihrer Arbeitszeit verbringen Abgeordnete damit, Spenden zu sammeln. Manchmal 6-8 Stunden am Tag. Sie müssen Summen von bis zu 18.000 Dollar am Tag einsammeln und das, obwohl Spendenanrufe aus ihren Büros nicht erlaubt sind. Dafür haben sie dann spezielle Büros, Call Center sozusagen, in denen sie ihren Werbeaktivitäten nachgehen. Statt sich auf eine inhaltlich fundierte Politik zu fokussieren, verbringen sie viel Zeit damit, Geld einzusammeln.

Gerrymandering

In den USA gibt es 435 Wahlbezirke. Durch die Volkszählung, die alle 10 Jahre stattfindet, wird sichergestellt, dass sie alle ungefähr gleich groß sind. Um dies zu gewährleisten, werden die Wahlkreise nach der Volkszählung von der jeweiligen Landesregierung neu zugeschnitten. Da in den USA jeder Wahlbezirk einen Abgeordneten ins Repräsentantenhaus entsendet, kann die Regierungspartei die Wahlbezirke so zuschneiden, dass sie häufiger eine Mehrheit hat. Dies nennt man Gerrymandering.

Im frühen 19. Jahrhundert bemerkte ein Journalist, dass der damalige Gouverneur von Massachusetts, Elbridge Gerry, seinen eigenen Wahlkreis so zeichnete, dass er einem Salamander ähnelte: Gerry + Salamander = Gerrymandering.

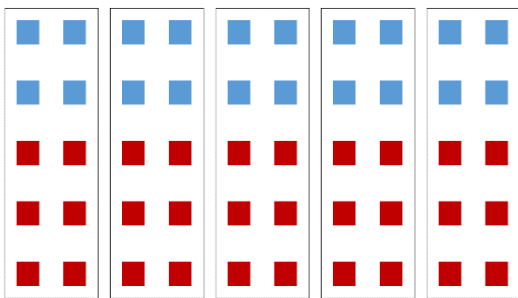
Um zu sehen, wie Gerrymandering in der Realität funktioniert, nehmen wir als Beispiel einen fiktiven Staat mit nur 50 Einwohnern. 30 wählen die rote Partei und 20 die blaue Partei. Der Einfachheit halber leben sie getrennt auf verschiedenen Seiten des Staates. Wenn dieser Staat nun in 5 Wahlkreise aufgeteilt werden müsste, könnte dies so geschehen, dass der Staat 2 blaue und 3 rote Abgeordnete erhält und die Bevölkerung perfekt proportional repräsentiert wird.



Die Regierungspartei kann sich jedoch durch eine andere Einteilung der Wahlkreise einen Vorteil verschaffen.

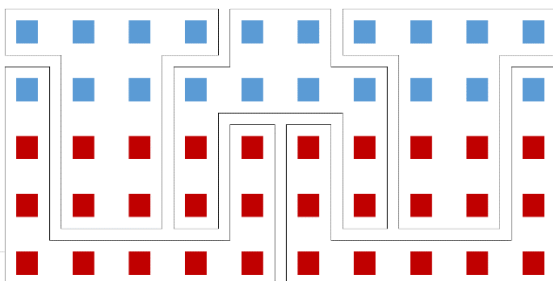
Packing

Packing bedeutet, dass die Wahlkreise so zugeschnitten werden, dass die Regierungspartei weniger deutlich gewinnt, die Oppositionspartei aber immer knapp verliert und am Ende gar keine Abgeordneten mehr hat. Statt in einigen Wahlkreisen zu gewinnen.



Cracking

Wenn die blaue Partei die Regierungspartei ist, kann sie trotz weniger Stimmen mehr Abgeordnete bekommen, indem sie Wegwerfwahlkreise schafft. In diesen Wahlkreisen gewinnt die rote Partei klar, aber da ein 90%-Sieg nicht besser ist als ein 55%-Sieg, werden viele rote Stimmen verschwendet und die blaue Partei gewinnt die restlichen Wahlkreise.



In diesem Fall würde die blaue Partei 3 Abgeordnete und die rote Partei 2 Abgeordnete nach Washington entsenden.

Auch in den USA werden Computerprogramme für die Neueinteilung von Wahlbezirken eingesetzt. Der Oberste Gerichtshof hat 2004 entschieden, dass diese Art der Neueinteilung der Wahlkreise nicht verfassungswidrig ist, solange sie nicht aus rassistischen Gründen erfolgt. In einigen Staaten gibt es jedoch Einschränkungen. In Florida gibt es klare Regeln, um Gerrymandering zu verhindern, und in Pennsylvania hat die Oppositionspartei ein Mitspracherecht bei der Festlegung der Wahlkreise.

Da die Gefängnisinsassen bei der Festlegung der Wahlkreise in die Bevölkerungszahl eingerechnet werden, aber nicht wählen dürfen, haben die Wähler in diesen Wahlkreisen mehr Gewicht. Und da große Gefängnisse oft auf dem Land liegen, werden die ohnehin starken kleinen Landstaaten weiter gestärkt.

Bei den Präsidentschaftswahlen 2012 besiegte Barack Obama Mitt Romney um fünf Millionen Stimmen, und die Demokraten, die für das Repräsentantenhaus kandidierten, erhielten etwa eine Million mehr Stimmen als die Republikaner, aber die Republikaner hatten am Ende einen Vorsprung von 33 Sitzen. Nach geltendem Recht sollten die Kongressdistrikte innerhalb eines Bundesstaates in etwa gleich viele Einwohner haben. Der Grund, warum die Republikaner weniger Stimmen und mehr Sitze bekamen, war also das Gerrymandering.

Gerrymandering führt also dazu, dass die Stimme des Volkes weniger Einfluss hat, als sie eigentlich haben sollte.

1/80 of a Person, One Vote- Die große Macht der kleinen Staaten

In den USA gilt das Motto „one person, one vote“. In der Realität haben die Einwohner der kleineren Bundesstaaten mehr Macht. Die Bevorzugung der kleinen Staaten im Senat kommt dadurch zustande, dass jeder Staat unabhängig von seiner Einwohnerzahl 2 Senatoren erhält. So bekommt Kalifornien als größter Staat genauso viele Senatoren wie der kleinste Staat Wyoming, obwohl Kalifornien 80 mal so viele Einwohner hat als Wyoming. Tatsächlich hat Kalifornien mehr Einwohner als 21 der kleinsten Staaten zusammen. Im Senat hat Kalifornien aber nur 2 Stimmen, während die 21 Staaten zusammen 42 Stimmen haben. Dies ist vor allem deshalb relevant, weil der große Staat in diesem Fall eindeutig demokratisch wählt. Würden die Senatoren proportional zur Bevölkerung verteilt, hätten die Demokraten in diesem Fall 28 Sitze mehr. Texas als zweitgrößter und klar republikanischer Staat hat natürlich das gleiche Problem. Das Problem ist also nicht Demokraten gegen Republikaner, sondern dass die Wähler in bevölkerungsreichen Staaten weniger Stimmkraft haben.

Aber auch kleinere, ländlichere Staaten sind eher republikanisch. Obwohl der Senat 2020-2022 50:50 aufgeteilt ist, repräsentieren die demokratischen Senatoren 56,5% der Wähler. Das letzte Mal, dass

die republikanischen Senatoren die Mehrheit der Wähler repräsentierten, war im Jahr 1996. Dennoch hatten sie in sieben von zwölf Senaten die Mehrheit der Sitze.

Auch im Electoral College ist die Verteilung nicht proportional. Die Wahlmänner werden von der Bevölkerung gewählt, um dann den Präsidenten und den Vizepräsidenten zu wählen. Jeder Staat erhält so viele Wahlmänner wie es Mitglieder im Kongress (Repräsentantenhaus + Senat) gibt. Die Staaten mit den meisten Einwohnern haben auch die meisten Wahlleute, aber nicht jeder Wahlmann repräsentiert gleich viele Bürger. Ein Wahlmann in Montana vertritt etwa 350.000 Wähler, während ein Wahlmann in Kalifornien mehr als doppelt so viele Wähler vertritt. Am Ende haben beide das gleiche Gewicht. Wer am Ende Präsident wird, hat also nicht unbedingt die meisten Wählerstimmen erhalten. In kleineren Staaten haben die Bürger also auch bei der Wahl des Präsidenten mehr Gewicht. Das zeigt sich auch daran, dass 10 der größten Bundesstaaten 54% der Wahlberechtigten und 256 Wahlmänner haben, die 40 kleinsten Bundesstaaten haben 46% der Wähler und 282 Wahlmänner. Über den enormen Einfluss von Iowa und New Hampshire haben wir bereits gesprochen.

Filibuster

Wenn ein neuer Gesetzesentwurf eingebracht wird, gibt es zunächst Diskussionen, Anhörungen und Änderungen am Gesetz, bevor es zur Abstimmung kommt. Dazu muss aber erst die Debatte beendet werden, wofür 60 von 100 Stimmen im Senat notwendig sind. Das nennt man auch Supermehrheit. Das sind 3/5 der Stimmen. Dann reichen 51% um den Entwurf als Gesetz zu verabschieden. Dass eine Partei 60 Senatoren hat, kommt eigentlich nie vor. Was im Umkehrschluss auch bedeutet, dass die Oppositionspartei sehr effektiv Gesetze blockieren kann, indem sie einfach damit droht, dass mindestens 41 Senatoren gegen das Ende der Debatte stimmen werden.

Eigentlich genügte früher eine einfache Mehrheit im Senat. Doch 1806 argumentierte der US-Vizepräsident und Senatspräsident Aaron Burr, dass diese Regel nicht mehr nötig sei. Dadurch konnten die Senatoren so lange debattieren, wie sie wollten - der Filibuster war geboren. Der Filibuster sorgt also dafür, dass die Debatten deutlich länger dauern und somit die Abstimmungen und damit die Politik insgesamt deutlich verzögert werden. 1917 wurde die Regel wieder eingeführt. Zunächst war eine Zweidrittelmehrheit erforderlich, ab 1975 waren 60 von 100 Stimmen im Senat nötig. Statt 51 Stimmen wie vor 1806 waren nun also 60 Stimmen nötig, um eine Debatte zu beenden.

Der Filibuster sollte eigentlich nur selten angewendet werden. Seit 1917 gab es jedoch 2000 Filibuster, etwa die Hälfte davon in den letzten 12 Jahren. Kritiker argumentieren, dass dadurch die Arbeit des Senats zum Erliegen kommt. Anstatt zu diskutieren, muss man sich mit Filibustern herumschlagen und anstatt zu diskutieren, warum man gegen eine bestimmte Entscheidung ist und

vielleicht den Vorschlag zu verbessern, wird einfach ein Filibuster benutzt. Die Existenz von Filibustern verhindert Debatten und verringert die Motivation, an einem guten Kompromiss zu arbeiten.

Aber das Problem wird noch größer, wenn man bedenkt, dass die 26 kleinsten Bundesstaaten 17% der Bevölkerung ausmachen, aber trotzdem Gesetze, die von der Mehrheit unterstützt werden, blockieren können, weil sie 52 Senatoren haben. Und nach Prognosen werden in einigen Jahrzehnten 30 % der Amerikaner 70 Senatoren wählen. Die Macht der kleinen Staaten nimmt also weiter zu.

Es gibt aber auch Ausnahmen, bei denen der Filibuster nicht angewendet werden kann und eine einfache Mehrheit, also 51 Stimmen, ausreicht, z.B. bei der Ernennung von Kabinettsmitgliedern, bei der Nominierung von Richtern für den Obersten Gerichtshof und bei der Abstimmung über den Haushalt. Zwischen 1969 und 2014 wurden 161 Ausnahmen vom Filibuster geschaffen.

Wahlbeschränkungen

In den USA ist es schwieriger zu wählen, als es sein sollte. In den USA ist der Wahltag ein Dienstag. Das bedeutet auch, dass man sich frei nehmen muss, wenn man wählen will. Denn die meisten Wahllokale haben bereits um 20 Uhr Ortszeit geschlossen. Einige Orte haben die Öffnungszeiten der Wahllokale sogar noch weiter verkürzt. Die Wahllokale wären überfordert, wenn alle Amerikaner nach der Arbeit wählen würden. Gerade ärmere Amerikaner können sich aber nicht freinehmen, weil sie das Geld brauchen. Bezahlten Urlaub gibt es in den USA kaum oder gar nicht. Es gibt zwar die Briefwahl, aber die ist für viele zu umständlich.

Mehr als 21 Millionen Amerikaner haben nicht die nötigen Ausweispapiere, um an einer Wahl teilzunehmen. Diese können teuer sein, und wenn sie kostenlos sind, gibt es andere Nebenkosten, die der Bürger bezahlen muss. Gerade für ärmere Familien kann dieser finanzielle Aufwand so groß sein, dass sie sich lieber keinen Ausweis besorgen. Denn in Amerika gibt es keine Ausweis- und Meldepflicht. Viele Staaten führen auch noch strengere Ausweisgesetze ein und argumentieren, dass sie sich damit gegen Wahlbetrug schützen wollen. Andere argumentieren, dass diese Einschränkungen nichts bringen, sondern nur die Stimmabgabe erschweren.

In vielen Staaten dürfen Vorbestrafte nicht wählen, auch wenn sie ihre Strafe abgesessen und sich gut in die Gesellschaft integriert haben. Wahlen sind aber auch eine wichtige Form der gesellschaftlichen Teilhabe. Um bei Vorbestraften nicht das Gefühl der Ausgrenzung zu erzeugen, sollten auch sie wählen dürfen.

Strategische Senkung der Wahlbeteiligung

Nachdem die Wahl im Jahr 2020 mit 67 Prozent die höchste Wahlbeteiligung seit 1900 aufwies, vertraten einige Republikaner die Ansicht, dass Trump bei einer niedrigeren Wahlbeteiligung gewonnen hätte. Donald Trump sagte, dass durch die Ausweitung und Erleichterung der vorzeitigen Stimmabgabe und der Briefwahl eine Wahlbeteiligung erreicht würde, die bedeuten würde, dass nie wieder ein Republikaner in diesem Land gewählt würde. Das erklärt auch, warum er diese Wahlmöglichkeiten nicht ausweiten will. Aber auch demokratische Staaten haben Einschränkungen vorgenommen. Insgesamt wurden zwar dreimal so viele Gesetze erlassen, die die Stimmabgabe erleichtern, als solche, die sie erschweren, aber gerade in den Staaten, in denen die Stimmabgabe ohnehin schon schwieriger war, wurde sie noch weiter erschwert.

Die Verschlechterung des Zugangs zu Wahlen ist auch internationalen Organisationen aufgefallen, die den allgemeinen Zustand der Demokratie in verschiedenen Ländern messen. Der Economist's Democracy Index misst den Grad der Demokratie anhand der Faktoren Wahlprozess und Pluralismus, Funktionsweise der Regierung, politische Partizipation, politische Kultur und Bürgerrechte. Nach diesem Index sind die USA eher eine defekte als eine vollständige Demokratie. Dies wurde unter anderem mit dem Sturm auf das Kapitol begründet. Allerdings hatte sich die Demokratie in den USA laut Index bereits in den Jahren zuvor kontinuierlich verschlechtert. Die Jahre 2021 und 2022 waren die schlechtesten seit 2006. Aber auch andere Indizes, wie Freedom House's Measure of Freedom in the World und der V-Dem Index der Universität Göteborg, verzeichnen eine deutliche Verschlechterung der Demokratie in den USA. Es ist ein demokratisches Prinzip, eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu ermöglichen. Wenn man Wahlbeschränkungen einführt, müssen diese sehr gut durchdacht sein, da nicht alle Bürger alles tun, um wählen zu können und man so einige, vor allem weniger wohlhabende Menschen, davon abhält, wählen zu gehen.

Eine Nation der Vorfahrenverehrung

In den USA gilt die Verfassung als heilig und unfehlbar. Änderungen an der Verfassung sind selten, eine Neuauflage ist in den USA nahezu undenkbar. Wer die Verfassung kritisiert oder ändern will, gilt oft als Feind der USA, auch wenn Verfassungsänderungen die Demokratie stärken sollen. Seit ihrem Inkrafttreten 1787 wurde die Verfassung insgesamt 27 Mal geändert. Hauptsächlich ging es dabei um Rechte für Minderheiten. Kritik gibt es aber auch heute noch: "Alle Mitglieder des Verfassungskonvents ließen sich soziologisch Eliteschichten zuordnen, seien es politische Funktions- oder Besitzeliten. Die vorherrschende Tendenz sei nationalistisch und antidemokratisch gewesen. So sei es zu einem „Putsch der Verfassungsväter gegen die öffentliche Meinung“ gekommen. Entsprechend den Interessen einer privilegierten Schicht von Unternehmern und Großgrundbesitzern sei es um die Sicherung des Eigentums, seiner Freiheit und Ungleichheit gegangen. So entstand die

Illusion einer liberalen Demokratie, die in Wirklichkeit eine Wahloligarchie war“. James Madison meinte, der Staat müsse „die Minderheit der Wohlhabenden vor der Mehrheit schützen“. Denn unkontrollierte demokratische Gemeinschaften seien „den Turbulenzen und der Schwäche unbändiger Leidenschaften ausgesetzt“.

Die Mehrheit der Amerikaner ist für ein Verbot von Sturmgewehren, aber die Verfassung macht es äußerst schwierig, denn sie sind durch die Verfassung geschützt, obwohl es 1787 keine vergleichbaren Waffen gab. Im Jahr der Verabschiedung der Verfassung waren 95% der Bevölkerung Landwirte. Die Anforderungen an den Staat waren damals ganz andere als heute. Berücksichtigt man dann noch die fragwürdigen Motive der Gründerväter, stellt sich die Frage, ob eine Neuauflage der Verfassung Amerika gut tun würde.

Polarisierung

Es ist unglaublich zu hören, dass heute an vielen US-Universitäten Studierende auf eigenen Wunsch wieder nach Hautfarbe getrennt in Wohnheimen untergebracht werden. Es gibt mindestens 75 Universitäten, die getrennte Abschlussfeiern für weiße und schwarze Studenten abhalten. Darüber hinaus ziehen es Mitglieder der LGBTQ-Gemeinschaft, Latino-Studierende und andere Gruppen vor, ihre Abschlussfeiern in ihren eigenen Kreisen abzuhalten. Einige Kritiker äußern nun Bedenken hinsichtlich einer möglichen „Balkanisierung“ des universitären Umfelds.

Bis in die 1950er Jahre waren die USA wenig polarisiert. Damals wählten etwa 50 Prozent Demokraten und 50 Prozent Republikaner. Das galt für Weiße, Schwarze und Katholiken gleichermaßen. Damals wünschten sich die Politikwissenschaftler ein schärferes, klareres und deutlicheres Bild der beiden Parteien. Durch die Frauenbewegung, die Bürgerrechtsbewegung, Nixons "Southern Strategy" (Fokussierung auf die weiße, konservative Wählerschaft), die Abtreibungsdebatte und den "War on Drugs" wurde ihnen dieser Wunsch erfüllt. In den 1990er Jahren zeichnete sich eine klare Trennung zwischen den beiden politischen Parteien ab: Die GOP (Republikaner) und ihre Wählerschaft wurden im Allgemeinen weißer, religiöser, älter, ländlicher, männlicher und weniger wohlhabend. Sie waren im Süden erfolgreich. Die Demokraten hingegen wurden weiblicher, jünger, vielfältiger, akademischer und weniger religiös. Sie gewannen zunehmend Unterstützung in den Städten.

Zwischen Konservativen und Progressiven gibt es immer weniger Überschneidungen, gerade seit Trump hat sich das noch einmal verstärkt. Eltern fragen sogar in den Schulen nach, welche Parteien in den Bezirken gewählt werden, damit ihre Kinder keine Probleme bekommen.

Beschwerden über politisch motivierte Unterrichtsmaterialien sind in ausgeglichenen Wahlkreisen, in denen Republikaner und Demokraten nahe beieinander leben, stark angestiegen. Ebenso wurden

LGBTQ-Schüler in diesen Wahlkreisen deutlich häufiger angegangen. In einseitigeren Wahlkreisen sind diese Konflikte zwar auch gestiegen, aber nicht so stark.

Die Polarisierung führt dazu, dass sich die Menschen in politische Lager aufteilen und immer weiter voneinander entfernen. Es bedeutet auch, dass man irgendwann andere Meinungen nicht mehr akzeptieren kann und weniger Verständnis für sie hat. In der Politik werden weniger Kompromisse gefunden und es wird nicht mehr gemeinsam an der besten Lösung gearbeitet, sondern es wird versucht, die andere Partei herunterzureden und gegen sie zu hetzen. ,

Auch Amerikaner sind sich dessen bewusst. Laut einer Studie des Pew Research Centers sind 86% der Befragten der Meinung, dass Republikaner und Demokraten mehr damit beschäftigt sind, einander zu bekämpfen, als Probleme zu lösen. Die Polarisierung wird durch einseitig berichtende Medien und die Verbreitung von Desinformation in sozialen Medien, Nachrichten und politischer Kommunikation verstärkt. Viele Leute denken, dass die Polarisierung vor allem durch soziale Medien verursacht wird. Tatsächlich begann sie jedoch schon viel früher, nämlich mit dem Aufkommen von Kabelfernsehen und Radioprogrammen.

Die Polarisierung in der Politik hat momentan ihren Höhepunkt erreicht. Trump war der erste Präsident, der auf dem Prinzip der Spaltung aufbaut. Während Bush auch demokratische Aspekte in seinem Programm hatte, versuchte Obama in seiner Sprache versöhnliche Worte zu finden. Die Zustimmungswerte sind sowohl bei Trump als auch bei Obama stabil geblieben, was von Experten als Beleg dafür gewertet wird, dass ihre eigentliche Politik eine immer geringere Rolle spielt.

Das Problem der Polarisierung ist, dass sie ein Teufelskreis ist. Man sieht einander immer weniger, dadurch werden falsche Vorstellungen über die anderen verstärkt und die Polarisierung nimmt weiter zu.

Weniger Spaltung als gedacht

In Wirklichkeit sind die Amerikaner jedoch weniger gespalten, als sie denken. Viele haben falsche Vorstellungen über die andere Partei, weshalb ihnen die Spaltung größer vorkommt, als sie tatsächlich ist. Gerade bei politisch aktiven Personen, wie progressiven Aktivisten und extrem Konservativen, ist die Wahrnehmungslücke besonders groß. Das liegt wohl daran, dass sie von der hohen Polarisierung der Politiker auf die Gesellschaft schließen und diese daher überschätzen. Es wird oft angenommen, dass Republikaner alt, reich und evangelikale Christen sind, während Demokraten jung und Minderheiten sind, obwohl die demographischen Unterschiede beider Parteien relativ gering sind.

Die Mehrheit der Demokraten und 40% der Republikaner unterstützen ein Verbot von Magazinen mit hoher Munitionskapazität und die Einrichtung einer bundesweiten Datenbank zur Verfolgung von Waffenverkäufen. Allerdings denken deutlich weniger Republikaner, dass Waffengewalt ein großes Problem darstellt.

67% der Amerikaner haben eine moderate Einstellung. Die Spaltung zeigt sich vor allem in der Politik, den Medien und den sozialen Netzwerken und weniger in der Gesellschaft. In sozialen Themen sind Demokraten und Republikaner tatsächlich deutlich gespalten und es gibt wenige Gemäßigte.

Die Meinungen zu Themen wie Klimawandel, Einwanderung, Drogenkrise oder Polizei sind nicht so extrem, wie oft dargestellt. Tatsächlich gehen sie auch nicht so weit auseinander, wie es scheint. Zum Beispiel sind immerhin 55% der Republikaner der Meinung, dass der Klimawandel menschengemacht ist - das ist die Mehrheit. Obwohl der Unterschied zu 95 Prozent bei den Demokraten beträchtlich ist, gibt es auch bei diesem Streitthema mehr Gemeinsamkeiten als Gegensätze. Grundsätzlich besteht Einigkeit, jedoch wird diese von Medien und Politik falsch dargestellt.

Es gibt zwei Arten von Polarisierung: themenbezogene Polarisierung und gruppenbezogene Polarisierung, auch affektive Polarisierung genannt. Die affektive Polarisierung in den USA ist der in Europa sehr ähnlich, aber die amerikanische Demokratie leidet mehr darunter, weil die Institutionen nicht so gut sind. Die Verringerung der affektiven Polarisierung hat jedoch keinen Einfluss darauf, ob jemand eine Partei unterstützt, selbst wenn der Kandidat dieser Partei Wähler unterdrückt, Gerrymandering betreibt, Proteste der anderen Seite niederschlägt oder in Korruption verwickelt ist. Menschen können also anderen Parteien gegenüber aufgeschlossener sein, aber dennoch demokratische Normen missachten. Der Grund dafür ist, dass sich Emotionen und Gedanken um 20% ändern können und die Wähler immer noch dieselbe Partei wählen würden, da es nur zwei Alternativen gibt. Der positive Einfluss, der einer Polarisierung entgegenwirkt, lässt sich durch Studien belegen. Dieser Effekt verschwindet jedoch nach einiger Zeit wieder und die Menschen sind genauso polarisiert wie vorher. Damit emotionale Veränderungen auch einen Effekt haben, brauchen die Menschen mehr Wahlmöglichkeiten.

Politische Gewalt und Polarisierung

Affektive Polarisierung ist keine direkte Ursache für politische Gewalt, aber sie ermöglicht ein Klima, in dem mehr politische Gewalt auftreten kann. Es gab erst 2016 einen großen Anstieg von politischer Gewalt, obwohl affektive Polarisierung seit Jahrzehnten zunimmt. Menschen, die politische Gewalt ausüben, planen in der Regel nicht und haben eine geringe Selbstkontrolle. In Zeiten geringer Polarisierung sind die Ziele unpolitisch, wie z.B. häusliche Gewalt, Wut im Straßenverkehr,

Gewaltverbrechen oder sogar eine Schießerei in der Schule oder am Arbeitsplatz. Es kann auch sein, dass in Zeiten hoher Polarisierung die Wut allgemein größer ist, weil die Menschen nicht nur selbst erzeugte Wut empfinden, sondern auch Wut auf andere. Durch die Dämonisierung und Entmenschlichung der anderen Seite durch Politiker wird Gewalt weiter normalisiert. Politiker und Richter erhalten immer mehr Drohnachrichten, Hassverbrechen sind im 21. Jahrhundert so hoch wie nie zuvor und auch Massenschießereien haben stark zugenommen. Die Täter greifen in ihren Manifesten oft auf politische Rhetorik zurück oder suchen nach Sündenböcken. Die antidemokratische Rechte macht zwischen 25 und 33 Prozent der Republikanischen Partei aus, während die gewaltbereite Linke sehr klein ist. Dennoch werden sie von den jeweils anderen Parteien als Sündenböcke benutzt.

Lösungen für Polarisierung

In Alaska gewann zum ersten Mal seit 50 Jahren eine Demokratin die Wahl zum Repräsentantenhaus, weil sie auf Negativwerbung für ihren Gegenkandidaten verzichtete und sich für die Fischerei einsetzte. "Pro-fish, pro-family, pro-freedom" lautete ihr Wahlslogan. Einer der beiden republikanischen Senatoren Alaskas unterstützte sie sogar anstelle ihrer republikanischen Gegenkandidatin. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass sich diese Entpolarisierung im ganzen Land fortsetzt. Was aber kann getan werden, um Polarisierung wirksam und nachhaltig abzubauen?

1. Brücken zwischen Gruppen bauen

Um Polarisierung abzubauen, muss man den Menschen glaubwürdig zeigen, dass sie Gemeinsamkeiten haben, denn das schafft eine Art gemeinsame Identität und verringert die affektive Polarisierung. Es ist wichtig, Kontakte zwischen den gespaltenen Gruppen herzustellen. Dabei ist es wichtig, dass die Gespräche regelmäßig stattfinden und tatsächlich über konkrete Ideen gesprochen wird. Außerdem sollten die Menschen einen ähnlichen sozialen Status haben. Durch politische Maßnahmen ist dies jedoch schwer zu erreichen, da man die Menschen nicht zwingen kann, sich zu treffen. Ein Anfang könnten aber Bürgerräte sein, in denen gemeinsam über politische Maßnahmen entschieden wird.

Auch Politiker müssen wieder sachlicher miteinander reden und Brücken zu anderen Politikern und Parteien bauen, auch wenn man nicht immer einer Meinung ist. Der Pluralismus muss sich weiterverbreiten und mehr Menschen müssen auch akzeptieren, dass man unterschiedlicher Meinung sein kann und trotzdem respektvoll miteinander umgeht. Das Ziel sollte eine pluralistische Arbeit sein, in der Gruppen zusammenarbeiten, um gemeinsame Ziele zu erreichen, auch wenn sie

bei anderen Themen Meinungsverschiedenheiten haben. So konnte auch im modernen Amerika die einzige Strafrechtsreform 2018 und das Recht auf gleichgeschlechtliche Ehen 2022 verabschiedet werden.

In Ländern wie Kolumbien und Sierra Leone konnte diese Taktik auch Friedensbemühungen unterstützen. Interventionen sollten aber nicht nur Gefühle der Abneigung, sondern auch Gefühle der Gefahr und Angst gegenüber der anderen Seite abbauen. 27 Prozent der Demokraten sehen in den Republikanern eine Gefahr für das Wohlergehen der Nation. Umgekehrt sind es bei den Republikanern 36 Prozent.

Viele Amerikaner misstrauen aber nicht nur der anderen Partei, sondern auch ihrer eigenen Partei und vielen anderen Institutionen wie Schulen, Medien, Großkonzernen und haben das Gefühl, dass sie selbst auf der Strecke bleiben und man sich nicht um ihre Probleme kümmert. Sie fühlen sich dem politischen und wirtschaftlichen System gegenüber hoffnungslos ausgesetzt. Statt diese Menschen gegeneinander auszuspielen, sollte man sich darauf konzentrieren, was beide Gruppen wollen.

Das bestätigt auch eine Studie, die gezeigt hat, dass es zu einer Depolarisierung kommen kann, wenn die Politiker des Landes Kompromisse eingehen müssen, weil die Gerichte Reformen verhindern, oder durch Skandale wie Korruption, Putsche etc. Die Bevölkerung wird sozusagen wachgerüttelt und akzeptiert dann die polarisierende Regierung nicht mehr, was zu einem Wandel führt. Allerdings ist die Depolarisierung oft recht instabil. Von den 16 Ländern, in denen laut dieser Studie eine Depolarisierung stattgefunden hat, haben sich 7 wieder repolarisiert.

2. Perspektivenwechsel und Empathie

Die Kontaktaufnahme aus Punkt 1 hat auch den Vorteil, dass man die Perspektive der anderen Seite einnehmen und besser verstehen kann. Die Wirksamkeit dieser Methode wurde in einer Studie nachgewiesen. Als Intervention wurde eine Reihe von Trans-Themen aus der Perspektive einer Trans-Person beobachtet. Dieser Perspektivwechsel veränderte die Einstellung der Teilnehmenden gegenüber Transpersonen und führte zu einer Veränderung, die noch 6 Monate später anhielt. Natürlich geht es nicht immer darum, politische Meinungen zu ändern. In vielen Fällen geht es vielmehr darum, das Verständnis für die Sichtweise des anderen zu erhöhen, um Hass, Unverständnis und Polarisierung abzubauen. Man lernt also zuzustimmen, nicht zuzustimmen. Steven Pinker, Psychologe an der Harvard University, argumentiert sogar, dass die Veröffentlichung von Sklavenperspektiven in der Literatur für die Abschaffung der Sklaverei entscheidend war.

3. Übergeordnete Ziele

Übergeordnete oder gemeinsame Ziele können dazu beitragen, sich auf Gemeinsamkeiten zu konzentrieren und Meinungsverschiedenheiten beiseite zu schieben. Die gemeinsame Arbeit an einem Ziel fördert auch eine gemeinsame Identität. Nationalstolz sollte jedoch vermieden werden, da er die Empathie für andere Länder verringert und zu emotionalisierten und unproduktiven Gesellschaften führt, die schlechte Entscheidungen treffen. Wie man an Beispielen wie dem Brexit oder Donald Trump sehen kann.

4. Verhältniswahlrecht

In den meisten demokratischen Ländern der Welt erhält man 5% der Sitze im Repräsentantenhaus, wenn man 5% der Stimmen erhält. In den USA ist das anders, hier würde man auch mit 5% der Stimmen keinen Sitz im Repräsentantenhaus bekommen. Das führt dazu, dass sich die Wähler weniger vertreten fühlen und entweder gar nicht mehr zur Wahl gehen oder extremere Politiker wählen. Das kann natürlich auch in Verhältniswahlsystemen passieren, aber es ist extremer in Winner-Take-All-Ländern und in Ländern mit nur zwei großen Parteien.

5. Direkte Demokratie

Statt immer nur Parteien zu wählen, kann es auch gut sein, ab und zu über konkrete politische Entscheidungen in Form von Volksabstimmungen abzustimmen. Aber auch Referenden können gut oder schlecht durchgeführt werden und es muss darauf geachtet werden, dass bestimmte Regeln eingehalten werden, damit nicht unüberlegt entschieden wird. Der Brexit hat gezeigt, dass Referenden auch polarisieren können und am Ende etwas herauskommt, bei dem die Bevölkerung erst später merkt, dass sie eigentlich gegen die eigenen Interessen gestimmt hat. Das lässt sich aber verhindern, wenn gewisse Regeln eingehalten werden. In der Schweiz dürfen Volksabstimmungen nur über genau definierte Gesetzesänderungen abgehalten werden, nicht über vage Versprechen wie beim Brexit. Auch darf die Regierung nicht Partei ergreifen. In Großbritannien hatte die Regierungspartei gegen den Verbleib in der EU Stellung bezogen und mit emotionalen und vereinfachenden Werbespots versucht, die Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen, zum Beispiel mit der Aussage, man wolle die 350 Millionen Pfund, die jede Woche nach Brüssel flössen, zurückholen und in das eigene Gesundheitssystem investieren. Nach dem Brexit wurde aber schnell klar (und Experten hatten schon vorher gewarnt), dass der Nutzen der EU weit über 350M Pfund liegt und man weniger Geld zur Verfügung hat. Große Investitionen in das Gesundheitssystem gab es nicht. In der Schweiz wäre eine solche Volksabstimmung wegen ihrer Unbestimmtheit gar nicht zugelassen worden. In

Neuseeland gab es eine unabhängige Kommission, die über die Argumente beider Seiten informierte, als sie per Volksabstimmung über eine Wahlreform abstimmten.

6. Medienkompetenz

Eine wichtige Komponente der Polarisierung sind Fehlinformationen. Diese werden oft ungeprüft und unreflektiert weiterverbreitet. Gerade in den sozialen Medien ist das ein großes Problem. Die Menschen müssen noch besser lernen, Nachrichten kritisch zu hinterfragen und verschiedene Perspektiven zu berücksichtigen.

Um Kinder und Jugendliche zu sensibilisieren, könnte das Thema in der Schule behandelt werden. Am besten regelmäßig, denn gerade Kinder und Jugendliche sind viel in sozialen Netzwerken unterwegs und noch anfälliger für Fake News und Hetze. Aber auch Erwachsene müssen geschult werden. Jeder denkt immer, dass er Fake News erkennt und sich nicht manipulieren lässt. Die Realität sieht aber ganz anders aus. Viele Menschen erkennen Falschmeldungen vor allem dann nicht, wenn sie in das eigene Weltbild passen.

Der Scheinwahrheitseffekt führt dazu, dass wir Informationen für glaubwürdiger halten, wenn wir sie schon oft gelesen oder gehört haben. Jeder ist anfällig für diesen Effekt. Er ist eine der stärksten Waffen von Fake News. Es gibt zwei Methoden, Fehlinformationen zu bekämpfen. Präventive Maßnahmen und Maßnahmen nach der Aufnahme einer Falschmeldung. Nachdem eine Fake News verbreitet wurde, kann man sie mit der Wahrheit widerlegen. Studien haben jedoch gezeigt, dass die Teilnehmer diese Widerlegung nach einigen Wochen vergessen haben, wenn sie sie nicht richtig verstanden haben. Deshalb sollte man folgende Punkte beachten:

1. Mit der Wahrheit beginnen
2. Sich auf den wissenschaftlichen Konsens und relevante Expertenquellen berufen.
3. Sicherstellen, dass die Richtigstellung leicht zu verstehen und nicht komplizierter als die ursprüngliche Fehlinformation ist.
4. Liefern einer klaren Erklärung, warum die Fehlinformation falsch ist.
5. Eine schlüssige alternative kausale Erklärung anbieten.

Um Fake News vorzubeugen, wird die Impfstofftheorie angewandt. Bei einer Impfung werden schwache Erreger einer Krankheit gespritzt, um Antikörper zu bilden. Beim Prebunking geht es darum, Argumente, die normalerweise als Fake News verbreitet werden, abzuschwächen und mit starken

Gegenargumenten zu verbreiten. So können die Menschen eine kognitive Resistenz gegen Fake News in der Zukunft aufbauen.

2-Parteien-System

Ein Clip, den ich wahrscheinlich nie vergessen werde, war ein Video über die Wahl 2016, in dem Demokraten durch die Nachbarschaft gingen und für Hillary Clinton warben. Als ein Mann, der normalerweise demokratisch wählt, gefragt wurde, wen er dieses Jahr wählen würde, sagte er: „Nicht Clinton“. Und das fasst eines der größten Probleme des Zweiparteiensystems perfekt zusammen. Er hat nicht Trump gewählt, sondern „nicht Clinton“. Wenn man die eine Alternative überhaupt nicht mag, muss man zwangsläufig die andere wählen, auch wenn man sie ebenfalls nicht mag. Auch in einem Mehrparteiensystem ist man mit der Auswahl an Parteien nicht immer ganz zufrieden, aber in einem Zweiparteiensystem ist dieses Problem noch größer.

In den USA gibt es noch andere Parteien wie die Green Party, die Libertarian Party und die Constitution Party. Sie sind aber nur in Teilen der USA aktiv. Und das, obwohl sich mehr als die Hälfte der Amerikaner mehr als zwei Optionen wünscht. Das Problem ist, dass man nicht einfach mehr Parteien einführen kann. Das amerikanische Wahlsystem macht das schwierig. Denn es kann passieren, dass eine Partei 20 Prozent der Stimmen bekommt, aber keine Abgeordneten im Kongress, weil sie in keinem Bezirk die Mehrheit hat. Das führt zu zwei Problemen:

1. Kleinere Parteien können praktisch nicht teilnehmen, weil sie sich mit einer größeren Partei verbünden müssen, um den gemeinsamen Feind zu besiegen.
2. Die Wähler wollen nicht für eine kleinere Partei stimmen, weil sie Angst haben, ihre Stimme zu verschwenden. Sie wählen lieber die weniger schlechte der beiden großen Parteien.

Das Buch Die 3. Alternative von Stephen R. Covey beschäftigt sich ausschließlich damit, warum es so schlecht ist, in 2 Alternativen zu denken. Und wie es gute Entscheidungen erschwert, die den Betroffenen am meisten helfen würden. Das 2-Alternativen-Denken führt dazu, nur den eigenen Standpunkt oder die eigene Seite zu sehen, andere in Schubladen zu stecken, auf der eigenen Position zu beharren, anstatt zu versuchen, den anderen zu verstehen, sich gegenseitig anzugreifen, anstatt Synergien zu schaffen.

In den USA wurden auch andere Wahlsysteme ausprobiert. In Alaska und Maine wählen die Wähler nicht nur einen Kandidaten, sondern eine Rangfolge. Und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gab es in einigen Städten ein ähnliches System, das jedoch wieder abgeschafft wurde, weil die Feindseligkeit gegenüber rassischen und ethnischen Minderheiten von dem System profitierte, was

heute nicht mehr der Fall sein sollte. Heute haben mehrere Kommunen ihre Wahlsysteme auf Wunsch der Öffentlichkeit angepasst. Ein großer Schritt hin zu einem Mehrparteiensystem wurde jedoch noch nicht getan.

Schluss

Gerade in der heutigen Zeit wird die Demokratie gerne als Allheilmittel dargestellt. Doch die Realität sieht oft anders aus. Denn auch wenn die Demokratie gut funktioniert, hat sie Probleme. Sie kann langsam und frustrierend sein. Das machen sich Populisten und autokratische Herrscher zunutze. Anders als in der Demokratie leben die Menschen in anderen Staaten die Werte Gleichheit, Freiheit und Würde nicht oder unterdrücken sie sogar.

Deshalb ist es so wichtig, den Kritikern der Demokratie und denjenigen, die offen sind für andere Regierungsformen oder, wie in den USA, auf andere Weise an der Demokratie rütteln wollen, Folgendes klar zu machen:

Die Demokratie ist gewiss nicht perfekt, aber sie ist zweifellos die beste aller Regierungsformen. Es ist kein Zufall, dass Staaten am wohlhabendsten sind und deren Bevölkerung am glücklichsten ist, demokratisch regiert werden. Es ist auch kein Zufall, dass Kriege fast immer von undemokratischen Staaten begonnen werden. Die Demokratie muss unbedingt geschützt und verbessert werden, damit all die Privilegien, die wir genießen, auch weiterhin Bestand haben.